

# Die erste Adresse bei Parkinson...



dPV e.V. · Moselstraße 31 · 41464 Neuss

Deutsche Parkinson  
Vereinigung e.V.  
Bundesverband

Moselstraße 31  
41464 Neuss

Telefon: 02131 740270 (8-14Uhr)  
Telefax: 02131 45445

Internet: [www.parkinson-vereinigung.de](http://www.parkinson-vereinigung.de)  
eMail: [bundesverband@parkinson-mail.de](mailto:bundesverband@parkinson-mail.de)

1. Vorsitzende: Magdalene Kaminski  
Geschäftsführer: RA F.-W. Mehrhoff  
Schirmherr: Bgm. a.D. Dr. Henning Scherf

Bankverbindung:  
Volksbank Düsseldorf Neuss eG  
IBAN: DE34 3016 0213 0555 5555 55  
SWIFT-BIC: GENODED1DNE

Neuss den 12.06.2023

Liebe Mitglieder,

Sie haben vielleicht schon gehört, dass am 26.05.2023 die Vorstandsmitglieder Magdalene Kaminski, Beate Kahlau, Gertrud Böck, Ursula Nützenadel, Gerhard Schwarz und das Beiratsmitglied Hans-Joachim Hempel ihre Ämter niedergelegt haben.

Margit Waluga und Iris Sengstake, die nicht an den Sitzungen teilgenommen haben, haben unmittelbar im Anschluss daran ihre Ämter im Bundesvorstand niedergelegt.

Wir sind der Meinung, dass Sie in Grundzügen wissen sollten, warum wir uns nicht mehr im Stande sahen, unsere Ämter auszuüben. Seit mehr als 3 Monaten werden diese Vorstandsmitglieder durch Herrn Wessels, Fam. Mielert, Herrn Schumann, Herrn Schairer und anderen mit unzähligen Mails, manchmal mehr als einer pro Tag bombardiert, in denen ihnen ebenso wie dem langjährigen Geschäftsführer Herrn Mehrhoff vermeintlich nicht nachvollziehbare Geschäftsvorgänge und massive finanzielle Unregelmäßigkeiten vorgeworfen werden.

Die Vorwürfe basieren auf Teilinformationen, die Herr Wessels hinter dem Rücken des Vorstands weitergegeben hat. Dies sowie der Umstand, dass der neue Geschäftsführer den Vorstand nachweislich belogen hat, hat dazu geführt, dass er das Vertrauen der zurückgetretenen Vorstandsmitglieder verloren hat und ihm konsequenterweise in der Probezeit gekündigt wurde, obwohl er bei vielen von Ihnen beliebt war.

Weiterhin wurde verbreitet, dass staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren gegen die zurückgetretenen Vorstandsmitglieder und den Geschäftsführer eingeleitet worden seien. Und obwohl die entsprechenden Anzeigen angeblich schon vor Wochen erstattet wurden, liegt bisher nichts dergleichen vor.

Nutzen Sie auch die Möglichkeit online zu spenden. Via PayPal:



Diese Information hat in den Reihen der dPV jedoch dazu geführt, dass sich weitere vor allem Landesbeauftragte und Vorstände von Landesverbänden den Vorwürfen angeschlossen und mit zum Teil rechtlich unhaltbaren Forderungen an diese Vorstandsmitglieder gewandt haben. Einem Vorstandsmitglied wurde mit der falschen Behauptung, das ihm übersandte Schreiben sei im Vorstand des Landesverbandes besprochen und beschlossen worden ein Schreiben von 13 Seiten zugeschickt, in denen dem Vorstandsmitglied sage und schreibe 33-mal mit der Staatsanwaltschaft und mit Regress gedroht wurde. Der sich aus dem Rechtsstaatsprinzip des Grundgesetzes und der Europäischen Menschenrechtskonvention ergebende Grundsatz, dass jede Person bis zum gesetzlichen Nachweis ihrer Schuld als unschuldig zu gelten hat, scheint es ausgerechnet in einer Organisation der Behindertenselbsthilfe wie der dPV kaum mehr zu geben.

Unsere Versuche einer internen Klärung waren ohne Erfolg. Das Fehler gemacht wurden, wird nicht bestritten. Wo gearbeitet wird werden Fehler gemacht. Bei der Bewertung der Fehler gibt es allerdings gravierende Unterschiede. Zudem waren wir in der aggressiv aufgeheizten Stimmung nicht immer ausreichend in der Lage, den Vorwürfen angemessen zu begegnen. Unter anderem auch deshalb, weil einzelne von uns als Personen in diesen Sitzungen auch persönlich angegriffen wurden mit der Behauptung der Angriff richte sich gegen das Amt, nicht gegen die das Amt ausübende Person. Diese besondere Form des Umgangs hat bei den Angegriffenen (sehr schnell) zu dem Entschluss geführt, sich dies nicht bieten lassen zu müssen und ihre Ämter niederzulegen.

Zu der uns in den Mails und den Sitzungen immer wieder vorgeworfenen mangelnden Transparenz stellte sich heraus, dass Transparenz nur von unserer Seite gefordert werden durfte. Am Tag zuvor hatte Herr Schumann in der Vorstandssitzung kurz eine wohl von einem Anwalt formulierte Anzeige gezeigt, die er in der folgenden Nacht nach seinen Angaben verloren hat. Der Bitte, in der gemeinsamen Sitzung mit den Ländern dem Gremium den Inhalt dieser Anzeige zur Kenntnis zu gegeben, wurde schlichtweg und ohne Begründung von Herr Schumann abgelehnt. Transparenz gilt nach Auffassung der Personen, die uns Intransparenz vorwerfen offensichtlich nur einseitig.

Bis auf sehr wenige, die an einer gemeinsamen Sitzung mit den Ländern teilgenommen haben, in der sich nach unserer Auffassung die Kläger auch gleichzeitig als Richter aufspielten, konnten sich dazu durchringen, sich dem Grundsatz der Unschuldsvermutung weiter zu verschreiben und das Ergebnis der hoffentlich bald beginnenden Ermittlungsverfahren abzuwarten. Dennoch einige waren von der Art und Weise, wie mit den Vorstandsmitgliedern umgegangen wurde, ebenso entsetzt wie wir.

Dies alles, diese menschenunwürdige Behandlung in den Sitzungen sowie nach diesen Wochen und Monaten der Vorwürfe, Beschuldigungen und Drohungen gegenüber Menschen, die viele Jahre im Sinne der betroffenen Menschen ehrenamtlich die Geschicke der dPV begleitet haben, haben dafür gesorgt, dass wir einen Schlussstrich gezogen haben und uns den Forderungen auf Rücktritt und Drohungen nicht mehr stellen wollen.

Wir wollen uns jetzt vielmehr darauf konzentrieren, uns den hoffentlich bald beginnenden Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zu stellen, weil wir darin die einzige Chance sehen, diesen

Terror an Vorwürfen zu beenden, der über uns hereingebrochen ist und Ihnen damit zeigen können, was von den ständig wiederholten Vorwürfen der Wahrheit entspricht.

Auch der Drohung, den Vorstand in Regress nehmen zu wollen, sehen wir gelassen entgegen. Wir fragen uns allerdings, wer sich künftig noch für ein Vorstandsamt zur Verfügung stellen will, wenn man damit rechnen muss, von diesen Personen in gleicher Weise behandelt zu werden, wenn sie den Verdacht haben, dass ein Fehler passiert sein könnte oder ihrem Gott der Transparenz in ihren Augen nicht ausreichend gehuldigt wurde.

Sie, liebe Mitglieder werden auch weiterhin mit den Mails der „Ankläger“ konfrontiert werden. Fragen Sie sie aber dann auch gerne und immer häufiger, wo denn das Ergebnis der angeblichen Ermittlungsverfahren bleibt. Denn nur die können belegen, ob z.B. an dem Vorwurf der Untreue etwas dran war, oder ob es Lug und Trug seitens der „Ankläger“ war.

Wir hoffen, dass trotz all dem die dPV wieder zu dem zurückfinden kann, was ihre eigentliche Aufgabe ist. Dazu wünschen wir vor allem den Menschen, die uns nicht ohne jeden Beleg und nicht ohne jeden Vorbehalt vorverurteilt haben, alles erdenklich Gute.

Magdalene Kaminski

Beate Kahlau

Gertrud Böck

Ursula Nützenadel

Margrit Waluga

Iris Sengstacke

Gerhard Schwarz